



"BESONDERS ANFÄLLIG FÜR RECHTSEXTREMISMUS"

Die schlimmsten Gefährder: Wähler und Berufstätige

Von WOLFGANG HÜBNER | Islamisten, Salafisten, Clans, Rechts- und Linksextremisten, asylsuchende Messerstecher und Vergewaltiger, Reichsbürger – alles lästig, aber letztlich keine echte Gefahr für die vermerkelte bunte Republik. Die wirklich für diese Republik bedrohlichen „Gefährder“ sind vielmehr etliche Millionen Bürger mit Namen Müller, Meier, Schmidt usw. Sie sind nämlich – erste Gefahr! – Wahlberechtigte. Und nicht wenige davon sind – zweite noch größere Gefahr! – gar noch berufstätig. Der gefährlichste Menschentyp in Deutschland ist folglich der oder die wahlberechtigte Berufstätige!

Dieser potentiell, zum Teil sogar schon real staatsgefährdenden Gruppe mitten unter uns muss in Zukunft die ganze strenge Aufmerksamkeit von Verfassungsschutz, Gesinnungswächtern sowie ARD und ZDF gelten. Wer glaubt, hier werde vom Verfasser dieses Textes eine besonders absurde Verschwörungstheorie gesponnen – weit gefehlt! Denn kein Geringerer als der sicher voll durchblickende und bestens informierte Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Thomas Krüger, [hat festgestellt](#): „Die Problemgruppe Nummer eins sind die berufsaktiven Menschen“.

Sie sind für Krüger deshalb „Problemgruppe Nummer eins“, weil sie besonders anfällig für Rechtsextremismus seien.

Warum aber sind „berufsaktive Menschen“ eine solche „Problemgruppe“? Der SPD-Mann, der sich auf einem Wahlplakat schon einmal nackt präsentiert hat, kommt nicht auf die Idee, das könnte damit zu tun haben, dass „berufsaktive Menschen“ das Geld erarbeiten, das politische Nichtsnutze wie Krüger nach Belieben verschleudern, wofür sie noch mit Orden geschmückt werden. Und die Mitglieder des Parteienkartells wollen mit geradezu bewundernswerter Hartnäckigkeit noch immer nicht wissen, warum ihnen immer mehr aus der unberechenbaren „Problemgruppe Wähler“ abhanden kommen.

Natürlich wäre die sofortige Abschaffung des Wahlrechts für „berufsaktive Menschen“ die Ideallösung für die derzeit Mächtigen. Denn dann wäre ihnen eine Mehrheit des Abitur-Prekariats und hüpfender Greta-JüngerInnen sowie von Habermas-Senioren und altersverschatteten Kohl-Anhängern zumindest dann gewiss, wenn selbstverständlich auch in den ehemaligen neuen Bundesländern die Wahllokale ein für alle Mal verriegelt und zugemauert würden.

Auch diese Überlegungen sind nicht der allzu wild wuchernden Fantasie des Verfassers dieses Textes entsprungen, sondern zeigen nur zugespitzt, welche Rachedgedanken gar nicht besonders unterschwellig in den gleichgeschalteten Medien nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg zum Ausdruck gebracht werden. Da ist in der FAZ vom 3. September 2019 in einem [Interview mit der Berliner Professorin Ina Geipel](#) zu lesen: „Eine erschreckend hohe Zahl hat die innere Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen“.

Zwar dürfte auch eine Professorin der traditionslinken Hochschule Ernst Busch eigentlich nicht wissen, wie es um die „innere Bereitschaft“ gleich von Millionen Menschen bestellt ist. Klar ist aber: Wer so politisch disponiert ist, stellt als Wähler ein unverantwortliches Risiko dar. Und im aktuellen

SPIEGEL, in dem vor den Wahlen alles, wirklich alles unternommen wurde, um die AfD in die rechtsextreme Ecke zu stellen, ist der Frust über den Misserfolg so groß, dass nun eine wesentlich härtere Gangart nicht nur gegenüber der verhassten Partei, sondern auch ihren Wählern gefordert wird.



Dirk Kurbjuweit.

Dirk Kurbjuweit, die Edelfeder des Hamburger Linksmagazins, [stellt im Leitartikel fest](#): „Früher war es richtig, vor allem auf Integration zu setzen, die Wähler ins Lager der liberalen Demokratie zurückzuholen, oder darauf zu hoffen, dass sich die AfD zu einer konservativen Partei innerhalb des akzeptablen Spektrums entwickelt. Diese Hoffnung ist fürs Erste dahin. Damit sollte sich auch der Umgang mit der AfD und ihren Wählern ändern. Der neue Schwerpunkt heißt Konfrontation.“

Was der ach so liberale Kurbjuweit nicht schreibt, doch klammheimlich denkt: Wenn die nicht so wählen, wie wir das akzeptieren, dann hilft nur noch Kontrolle, Einschüchterung, Repression und am Ende auch Wahlrechtverhinderung. Denn weder er noch Geipel können oder wollen das Wahlverhalten vieler Menschen in Sachsen und Brandenburg sowie demnächst auch in Thüringen damit erklären, dass es einen wachsenden Überdruß, ja regelrechten Zorn auf die Verwahrlosungserscheinungen der erstarrten Merkel-Republik und dem um sich greifenden Staatsversagen gibt.

Soviel Einsicht in die graue Realität würde ihr hochentlohntes Weltbild nicht ertragen. Da ist es doch viel bequemer, sich dumm zu stellen und alles außerhalb des „akzeptablen Spektrums“ zu aktiven und potentiellen „Nazis“ zu erklären. Mit so viel Beschränktheit kann man heutzutage locker Spitzenredakteur oder Professorin sein. Wir haben tatsächlich auch ein hochdramatisches Bildungsproblem.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en

f
ü
r
d
i
e
s
e
n
B
l
o
g
,
v
o
r
n
e
h
m
l
i
c
h
z
u
d
e
n
T
h
e
m
e
n
L
i
n
k
s
f
a
s
c
h
i
s
m
u
s,
I
s
l
a
m
i
s
i
e
r
u
n
g
D
e
u
t

sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. Der
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on

sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16

se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t

üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.